SPIEGEL *Essay*

Die Verwandlung

von Karl Otto Hondrich

Der Autor, 49, ist Professor für Soziologie an der Universität Frankfurt.

Als Gregor Samsa eines Morgens aus unruhigen Träumen erwachte, fand er sich in seinem Bett zu einem ungeheueren Ungeziefer verwandelt." Es war kein Traum. Die Ängste der Menschen, ihr Selbst zu verlieren, die in Franz Kafkas Erzählung Gestalt annehmen, sind nicht erfunden. Sie beschäftigen uns auch heute – und immer mehr. Wir fürchten nicht nur den Verlust persönlicher, sondern auch den gesellschaftlicher Identität.

Aber während wir damit beschäftigt sind, der äußeren Verwandlung der deutschen Gesellschaft durch Gastarbeiter und Asylsuchende Riegel vorzuschieben, befördern wir gerade dadurch eine Selbstverwandlung im Innern, wie sie nie zuvor eine Gesellschaft aus freien Stükken betrieben hat: die rapide Schrumpfung und Vergreisung.

Fallende Geburtenraten lassen sich bis weit ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen. In diesem Trend markiert allerdings das Jahr 1972 einen besonderen Punkt: Seither übertrifft die Zahl der sterbenden Deutschen die der Geborenen, die deutsche Bevölkerung nimmt ab.

In den letzten 14 Jahren schrumpfte sie in der Bundesrepublik, ausgehend von 58,3 Millionen, um knapp zwei Millionen, bis zum Jahr 2030 sagt ein Arbeitskreis beim Bundesinnenminister einen Rückgang auf 42,6 Millionen voraus, eine Modellrechnung läßt nur noch 34 Millionen Deutsche übrig. Ob sich die Bundesrepublik in 40 Jahren um knapp die Hälfte, um ein Drittel oder nur um ein Viertel der deutschen Bevölkerung entleert: In Zeitbegriffen gesellschaftlichen Wandels ist dies ein atemberaubender, wenn auch von den einzelnen nicht wahrgenommener Prozeß. Die Chance des Schocks, eines Morgens wie Gregor Samsa wach zu werden, hat die Gegenwartsgesellschaft nicht.

Warum sollte sie auch vor einer Selbstverwandlung erschrecken, die doch das Ergebnis historisch neuer, erweiterter Selbstbestimmung ist! Jeder und jede einzelne trägt ja über die freie Entscheidung, nur noch ein oder zwei Kinder zu haben, zum Bevölkerungsschwund bei.

Muß dann nicht auch dieses Ergebnis von als gut empfundenen Einzelentscheidungen sein Gutes für die Allgemeinheit haben? – weniger Umweltbelastung, mehr Platz für alle, Arbeit für alle an höherwertigen und menschenfreundlicheren Arbeitsplätzen.

In der Tat. Die vielbeschworenen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme abnehmender Bevölkerung sind Scheinprobleme: Eine Volkswirtschaft, solange sie Absatzmärkte außerhalb hat, kann mit geringerem Arbeitseinsatz prächtig gedeihen, ja aus der Not knapper Arbeitskräfte die Tugend innovativer Produktivitätssteigerung machen. Dabei können weniger Beschäftigte mühelos immer mehr Alte (und Kinder, Studenten, Arbeitslose) mitversorgen, ohne sich selbst einschränken zu müssen.

Bedenklicher ist, daß schrumpfende Gesellschaften, die sich menschenreichen gegenübersehen, Sicherheit in überlegener Waffentechnologie suchen. Die Chance, daß die westlichen Länder sich auf atomare Abrüstung einlassen oder gar Initiativen dazu ergreifen, sinkt mit ihren sinkenden Bevölkerungszahlen.

Das tiefere Problem alternder Gesellschaften allerdings liegt darin, daß ihre Selbstverwandlung unterderhand den Kern ihrer sozio-kulturellen Bindekräfte, Traditionen und Hoffnungen angreift. Kinder und Jugendliche geraten überall in die Minderheit. Im Straßenleben und in Parks, in Fabriken und Büros, in Krankenhäusern und in der Politik, in der die Wählerstimmen der Jungen immer weniger ins Gewicht fallen, ja schon in der Familie:

Das Einzelkind ist den ungeteilten Gefühlsansprüchen und Besorgnissen der Eltern ausgesetzt und stellt Ansprüche, die es mit niemandem zu teilen braucht, so wie es später auch niemanden hat, mit dem es Sorge und Trost für alte Eltern teilen kann. Die Balance von Kooperation und Konflikt in einer Geschwisterkette braucht nicht mehr eingeübt und ausgehalten zu werden. In späteren Konflikten liegt es nahe, Kommunikation rasch abzubrechen und sich auf seine Einzigartigkeit zurückzuziehen.

Wo keine Kinder sind, bleiben Paare seltener zusammen, wenn die Liebe vorbei ist oder umdefiniert werden müßte. Auch die Interessen-Verbindung von Eltern zu Eltern über Spielplätze, Kindergärten, Schulen fällt weg – so wie Kindergärten und Schulen selbst geschlossen werden. Mit den Kindern schwindet das wichtigste Ferment örtlicher Integration und kommunalpolitischen Engagements. Allerdings treibt die Erosion der Solidarität auch Blüten – Blüten der Selbstbezogenheit.

Vor dem explosiv anwachsenden Wissen der Gesellschaft stehen immer weniger junge Leute, die es aufnehmen, weitertragen und ihrerseits vermehren sollen. Der „Rentenberg" ist ein Kinderspiel gegen den Berg des Wissens, der in Tradition und Neuerung verwandelt werden muß. Vielleicht findet die Minderheit der Nachgeborenen mittels Computer und Abstraktion einen Weg aus der Überforderung. Daß dabei mehr Tradition austrocknet als je zuvor, ist unumgänglich.

Kneipen und Sportvereine, Schwimmbäder und Festhallen, Diskotheken und Museen, Experimentiertheater und Kinos werden sich leeren. Politische Demonstrationen bekommen Seltenheitswert. Das öffentliche Leben und die öffentliche Kultur, die weithin von der Wißbegierde und dem moralischen und ästhetischen Rigorismus der Jugend leben, verblassen. Wir werden uns an eine Gesellschaft gewöhnen, die bei aller ökonomischen Dynamik Impulsivität und Gespür für Neues einbüßt. Mit den Hoffnungsträgern schwinden Hoffnungen dahin.

Dem läßt sich nicht durch eine gerontologisch stimulierte Alten-Seligkeit beikommen. Noch so viel Altensex und Altenkommerz können den Rhythmus des Altwerdens, die Verlangsamung und Verleidung des Lebens, den Rückzug in die privaten Räume und auf sich selbst, nicht aufhalten.

Die alternde Gesellschaft ist nicht nur eine Gesellschaft des Wohlstands, sondern auch des Wehleids, der Sorgen und des Selbstbezugs. Was die Alten heute den Jungen vorwerfen, ist weniger für diese als für die Gesellschaft charakteristisch, in der der Anteil der Jugendlichen kleiner wird.

Noch, gerade noch verströmen übrigens die geburtenstarken Jahrgänge, die in Unternehmen und Universitäten drängen, eine Grundstimmung kollektiver Zuversicht – gegenläufig zur individuell niederdrückenden Arbeitslosigkeit. Wenn sich in den neunziger Jahren die Chancen am Arbeitsmarkt für die einzelnen verbessern (weil ihre Kohorten sich verkleinern), wird, paradoxerweise, die resignative Umstimmung der Gesellschaft, ihr Verlust an Jugend, stärker hervortreten.

Was tun? Gibt es ein Mittel, die gesellschaftliche Selbstverwandlung aufzuhalten? Immerhin zwei Denkmöglichkeiten: Verjüngung aus eigener Kraft oder Verjüngung von außen.

Die Ratgeber der ersten Lösung setzen auf soziale Selbstregulation mit einer kräftigen Spritze Kinder- und Familienpolitik. Wie gerade die vielzitierten Beispiele Frankreichs und der DDR zeigen, kann aber Gebärpolitik nur wenig und vorübergehend einen Trend abschwächen, der die ganze industrialisierte Welt ergriffen hat und von Kräften gespeist wird, die stärker sind als jede politische Intervention: die Durchdringung unseres Lebens mit rationalen Entscheidungszwängen, mit Leistungs-, Bildungs- und Konsumorientierung und mit wohlfahrtsstaatlichen Sicherungen. Der daraus erwachsende Anspruch auf Selbstentfaltung, dessen Träger heute die Frauen sind, steht nicht mehr zur Dis-

position einer ohnehin zahnlosen Familienpolitik.

Kinder haben: ja. Aber nicht mehr als ein oder zwei Kinder, da sonst Entfaltungschancen in Beruf, Bildung etc. wieder abgeschnitten werden. In weniger als zehn Jahren, wenn ein leerer Arbeitsmarkt mit flexiblen Arbeitszeiten die Frauen erst richtig entdeckt, wird der Trend zur Ein-Kind-Ehe noch einmal einen Schub – und die Hoffnung der Familienpolitiker einen Stoß bekommen.

Bleibt, als letzte Chance gesellschaftlicher Verjüngung, die Rettung von außen. Zwar haben wir uns Retter des Vaterlandes so nie vorgestellt – aber 4½ Millionen Zuwanderer seit 30 Jahren bewahren uns nicht nur vor Entvölkerung, sondern erlauben uns auch, das Problem zu verdrängen und es, verwandelt in ein „Überfremdungsproblem", den ungeliebten Rettern selbst anzulasten.

Dies erklärt die zutiefst zwiespältige Politik zunächst gegenüber Gastarbeitern, heute gegenüber Asylsuchenden. Schienen uns jene zumindest zeitweise ökonomisch nützlich, so können wir diesen überhaupt kein Interesse abgewinnen. Da die Reputierlichkeit aber verbietet, ihnen das Asylrecht zu nehmen, wollen wir sie durch eine Politik der Integrationsverhütung abschrecken: Fünf Jahre lang, so hat der Bundestag neuestens beschlossen, dürfen Asylbewerber nicht arbeiten. Ihre „Unterbringung" in „Gemeinschaftsunterkünften" wird in den Bundesländern geregelt.

Des Teufels Sozialpsychologe hätte nichts Einfacheres aushecken können, um die deutsche Bevölkerung gegen „die Asylanten" aufzubringen, die nicht arbeiten, aber auf unsere Kosten leben und nicht als einzelne Menschen, sondern als geballte und bedrohliche „Fremdkörper" in Erscheinung treten.

Auf die so erzeugten Antipathien können sich Politiker berufen, um die „Asylanten" dagegen in Schutz zu nehmen und, im selben Atemzug, Maßnahmen zur „Eindämmung des Asylantenproblems" zu fordern, so das Problem der Schutzbedürftigkeit der Fremden doppelt hervortreibend . . .

Aber gibt es das Problem der Asylsuchenden denn nicht wirklich? Freilich. Wenn alle politisch Verfolgten ihr Recht auf Zuflucht bei uns in Anspruch nehmen wollten, müßten wir uns offen dem Dilemma stellen, daß das Asylrecht, wie die meisten Rechte und Freiheiten, nur so lange gelten kann, wie nicht alle Berechtigten es geltend machen.

Diejenigen, die bei uns um Asyl einkommen, wählen sich aus einer viel größeren Zahl von Berechtigten selbst aus. Es sind nicht die Ärmsten der Armen und nicht immer die am meisten Unterdrückten. Es sind vielmehr diejenigen, die ihre Hoffnungen auf ein besseres Leben nicht von autokratischen Herrschaften begraben lassen wollen. Heute wie früher gehören Mut, Unternehmungsgeist und Zuversicht in die eigenen Fähigkeiten, meist auch Geld dazu, sein Land zu verlassen und sein Heil in einem fremden zu suchen. Es sind stolze Menschen, Eliten, die von den Hausmeistern unserer Asyle Mores gelehrt wird.

Was uns an den Asylsuchenden vielleicht am meisten wurmt: Wir haben sie, anders als die Gastarbeiter, nicht gerufen und nicht ausgewählt. So vollziehen wir denn im nachhinein an ihnen Ausforschungs- und Auswahlprozesse, um herauszufinden, ob es sich um „echte" oder „Scheinasylanten", um politische oder Wirtschaftsflüchtlinge handelt, ob sie persönlicher Verfolgung oder „nur" einem Bürgerkrieg entkommen wollten.

Moralisch-rechtlich diskreditiert die Ausprüfung alle Migrationsgründe außer der blanken Verfolgung – interessenpolitisch diskreditiert sie gerade diese, weil wir in der Aufnahme von Verfolgten kein eigenes Interesse erkennen können.

Wie abwegig: In unseren wohlverstandenen eigenen Interessen liegt es, gerade nicht zu deutlich zwischen politischen und ökonomischen Motiven zu unterscheiden. Zuwanderer sind allemal und überall eine Produktivkraft besonderer Art, mit einer durch ihre Minderheiten- und Spannungslage zwischen den Kulturen geschärften, zugleich ehrgeizigen und vorsichtigen Intelligenz. Auch wenn sie nicht umstandslos den Qualifikationsanforderungen von modernen Betrieben entsprechen, bringen sie – und ihre Kinder – Lerndisposition und Leistungsbereitschaft mit, die, wie ein Blick auf die USA zeigt, wirtschaftlich fruchten, und das nicht erst mit Blick auf die neunziger Jahre.

Entscheidend aber ist der Beitrag, den die Quasi-Einwanderung von Asylsuchenden und Gastarbeitern zur Lösung unseres Entvölkerungsproblems leistet. Er ist dem überlegen, was eine erklärte Einwanderungspolitik (nach dem Muster Amerikas) zuwege brächte.

Denn anders als die Neue Welt der leeren und freien Räume ist die Alte Welt von einem tiefverwurzelten Selbstgefühl ethnischer Einheitlichkeit und von Identitätsängsten beseelt. Eine regelrechte Einwanderungspolitik hätte mit selbsterzeugten Gegenwirkungen zu kämpfen: Je mehr sie sich für die Fremden einsetzt, um so mehr schürt sie ungewollt auch Ängste und Abneigungen gegen sie. Und je mehr sie mit Plänen, Quoten, Einlaßkriterien operiert, um so mehr nähert sie sich einer Selektionsideologie von Lagerleitern, mit der sie, gerade in Deutschland, nichts zu tun haben will.

Zuwanderungspolitik steht vor dem Dilemma, sich als Lösung (für Probleme der Entvölkerung, ja des Kultur- und Vitalitätsschwundes) begründen zu müssen und doch besser darüber nicht zu sprechen, am besten sich unmerklich zu machen.

Ein weiteres Dilemma: Sie soll nicht nur deutsche, sondern auch die Interessen anderer Länder einbeziehen und eine Humanität praktizieren, die sich gerade nicht in reinem Interessenkalkül auflöst – aber sie muß sich vor betontem Altruismus hüten, der im Gegenzug nichts mobilisiert als die Abwehrreaktion: „Wir können nicht das Sammelbecken für die Not der Welt sein!"

Nein. Aber wir sind Teil eines Drucksystems mit doppeltem Gefälle: Von der einen Seite wirkt der Druck bevölkerungsdynamischer, aber leistungsschwacher, von der anderen Seite die Anziehungskraft chancenreicher und leistungsdynamischer, aber reproduktiv erlahmender Gesellschaften. Je fester diese vor dem Druckgefälle die Augen schließen und sich abschotten wollen, desto konfliktträchtiger wird es.

Es gibt ein gemeinsames Interesse, den Druck auszugleichen: nicht durch Dammbrüche, sondern durch Schleusen; nicht über Verschiebungen von Menschenmassen, sondern über die Hoffnungen und Chancen, die die Minderheiten der Grenzgänger hin und her tragen, über die Bindungen, die sie zwischen den Welten schaffen.

Die heute als Asylsuchende vor uns stehen, haben sich oft in ihren Ländern für *unsere* Werte, für Gerechtigkeit und Selbstbestimmung, geschlagen und schlagen lassen. Sie suchen in der westlichen Welt nicht nur Schutz, sondern stellvertretend einen Platz für die Hoffnungen derjenigen, die nicht kommen (können). Sie sind Symbole für Wege aus der Ausweglosigkeit.

Wenn wir begreifen, daß ihr Ausweg auch unserer ist; daß unsere vitalen Interessen sich nur noch in Gesellschaft mit ihren, in offener Gesellschaft, verfolgen lassen; daß wir allenfalls wählen können zwischen der Verwandlung, die von außen kommt, und innerer Vergreisung – erst dann kann ein anderer Geist unsere Politik durchwehen.

Sie kann den Widerspruch zwischen dem Interesse an Zuwanderung und der Angst vor „Überfremdung" nicht aufheben, aber sie kann lernen, damit umzugehen: Je deutlicher sie ihr langfristiges Interesse darstellt und je unauffälliger und stetiger sie es verfolgt, desto mehr stärkt sie die integrierenden Kräfte, die in der alternden Gesellschaft an Stelle der reproduktiven treten. Das Asylrecht böte die Chance, sofort damit anzufangen.

SPIEGEL *Essay*